

Danziger Zeitung.

No 6662.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbaggasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hakenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Frankfurter Lotterie.

In der am 2. Mai fortgesetzten Ziehung der 6. Klasse fiel 1 Gewinn von 12,000 R. auf No. 11,119. 1 Gewinn von 5000 R. auf No. 11,401. 4 Gewinne von 1000 R. auf No. 2735 8808 9985 23,111. 6 Gewinne von 300 R. auf No. 105 799 1724 3773 6364 10,200. 29 Gewinne von 200 R. auf No. 254 474 489 647 879 1501 3847 4011 5086 6812 8064 9776 9918 11,170 13,421 13,465 13,701 14,764 15,354 16,508 17,643 19,332 21,949 23,629 23,998 24,357 24,628 25,277 25,828.

Deutschland.

3 Berlin, 3. Mai. Für die gutmüthigen Seelen, welche noch immer ein friedliches Zusammenleben mit den Ultramontanen für erreichbar halten, wird die Nachricht von dem neuesten Vorgehen des Bamberger Erzbischofs eine böse Enttäuschung gewesen sein. Bekanntlich war der hochwürdige Herr im Gegenseite gegen die andern bayerischen Bischöfe zu dem Ruf einer besondern Royalität gekommen. Natürlich wird er es mit einem weniger gutmüthigen als spöttischen Lächeln vernommen haben, daß man noch vor Kurzem sein angeblich treues Festhalten an die auch von ihm beschworenen Landesgesetze mit nicht geringem Lobe hervorhob. War es doch keineswegs als Unterwerfung unter diese Gesetze genau, daß er von den übrigen Bischöfen sich trennte, als diese das Unfehlbarkeitsdogma ohne weiteres und ohne jegliche Rücksicht auf das in anerkannter Reichskraft stehende Königthum in ihren Diocesen verkündigen ließen. Nein, er erbat die Erlaubnis des Königs, jenes Dogma publiciren zu dürfen, nicht etwa in der Absicht, diese Publication aus wirklich zu unterlassen, wenn der König, wie er ja voraussehen mußte, ihm dieselbe verbot. Im Gegentheil, er provocirte, wie er jetzt durch die von ihm angeordnete Publication des Unfehlbarkeitsdogmas in den Kirchen seiner Diocese thatsächlich bewiesen hat, dies Verbot in keiner andern Absicht, als um dasselbe sofort zu übertreten und damit seinen Ungehorsam gegen die Gesetze des Landes in möglichst auffälliger Weise geradezu zur Schau zu stellen. Er wollte seiner Regierung und zugleich dem Kaiser und dem Reich zeigen, daß es ihm und den echten Ultramontanen wirklich, voller Ernst sei mit der von dem Bischofe Ketteler im Reichstage angekündigten „Rebellion der Bischöfe gegen die Landesgesetze, wenn dieselben selbst Rebellen gegen ein Gesetz Gottes wären“ oder, was den Ultramontanen vollkommen gleichbedeutend ist, Rebellen gegen ein Gesetz des mit göttlicher Unfehlbarkeit ausgestatteten Papstes.

Ueber die Zustände Frankreichs und den Frieden sagt die „Prov. Correspondenz“: „Von entscheidender und durchgreifender Bedeutung ist und bleibt vor Allem die Thatsache, daß ein Frieden, wie er den gerechten Forderungen Deutschlands entspricht, mit einer allgemein anerkannten Regierung Frankreichs unter rückhaltloser Zustimmung der frei gewählten Landesvertretung abgeschlossen ist. Diese Thatsache, daß der Frieden von Versailles als ein freier Willensact der geselligen Gesamtvertretung Frankreichs zu Stande gekommen ist, bildet die feste und unantastbare Grundlage für die weitere politische und völkerrechtliche Entwicklung. Von dem Gewicht derselben geben auch die jetzigen Vorgänge in Frankreich Zeugnis; denn ungeachtet der tiefen revolutionären Bewirksamkeit ist von keiner Seite der Versuch gemacht worden, die unbedingt bindende Kraft der Friedenspräliminarien anzutasten. Der endgültige Frieden und dessen strenge Aufrechterhaltung wird die erste Lebensbedingung jeder ferneren geordneten Regierung für Frankreich sein. So bebaulich die jetzigen Zwischenfälle in Frankreich in manchen Beziehungen sein mögen, so schwer zumal unsere Truppen und die theilweise Bevölkerung die unvermeidlichen Verzögerungen des endgültigen Abschlusses empfinden, so darf das deutsche Volk doch darüber beruhigt sein, daß der politische Erfolg unserer Anstrengungen und Siege, wie er zunächst durch die Präliminarien von Versailles festgestellt worden ist, uns nicht mehr entzogen werden wird, daß dagegen die jetzigen Ereignisse, welche für Frankreichs innere Lage und politische Lage so verhängnisvoll sind, uns zu den Erfolgen des Friedensschlusses noch vielfache moralische Errungenschaften gebracht haben, auf welche wir noch vor Kurzem nicht hoffen konnten.

Wie verlautet, ist dem Bundesrath bereits der vom Minister Delbück in nächste Aussicht gestellte Gesetzentwurf wegen Declaration des § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868 zugegangen. Die Declaration soll etwa dahin lauten, daß die in diesem § 1 unter den Ziffern 1, 2, 4 und 5 bezeichneten Gesellschaften den Charakter von Genossenschaften im Sinne des gedachten Gesetzes auch dadurch nicht verlieren sollen, daß ihnen die Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes auf Personen, welche nicht zu ihren Mitgliedern gehören, im Statut gestattet wird.

Die früher als im Druck befindlich erwähnte offizielle Rechtfertigungsschrift des Corvetten-capitäns Livonius über das Verhalten der Kriegsmarine während des Krieges ist, wie die „Elb. Stg.“ mittheilt, auf den Wunsch des Kriegs- und Marineministers von Noen nicht veröffentlicht worden. Wenn daher jetzt in der „Allg. Stg.“ ein Auszug aus derselben mitgetheilt wird, so sucht sich das vielfach angegriffene und verwundete Selbstgefühl des obersten Marine-Commandos wohl auf diese Weise zu helfen.

Ueber das Ergebnis der Beschlüsse, zu welchen die Abgeordneten der Provinzial-Landesparlamenten gelangt sind, erzählt die „Pos. Stg.“ folgendes Nähere: Unfehlbarkeit der selbständigen Fort-

dauer der landwirthschaftlichen Provinzial-Institute wird ein Verband zur Förderung des Credits der Grundbesitzer, insbesondere durch gemeinsame Emission von Central-Pfandbriefen gebildet. Danach soll jede Provinzial-Landschaft innerhalb ihres Bereichs Anträge auf Pfandbriefemissionen von Landgütern entgegennehmen, die Lage und die Höhe der Pfandbriefdarlehne nach Maßgabe ihrer Statuten und Regulative festsetzen, die Amortisations-Quoten reguliren, die Zinsen einziehen, die Coupons einlösen und die specielle Administration führen, der Central-Landschaft aber hauptsächlich die Aufgabe zufallen, nach den Anträgen der Provinzial-Institute auf vorgängige Prüfung unter gewissen Sicherheitsmaßregeln Central-Pfandbriefe zu emittiren, deren Absatz zu vermitteln, auf Gehung des Courses hinzuwirken und, soweit die disponiblen Mittel es gestatten, baare Zuschuß-Darlehen zur Ausgleichung der Coursdifferenz zu bewilligen. Die dazu wie zu der Central-Administration erforderlichen Fonds sollen, soweit sich die Provinzial-Institute nicht im Besitze solcher befinden, durch besondere Jahresbeiträge, durch Zinsenzwischennutzungen und durch Nachschußung eines Staatsdarlehns beschafft werden. Sobald man sich vergewißert haben wird, daß Seitens der Staatsregierung der Genehmigung dieses in seiner Tendenz so heilsamen Unternehmens keine wesentlichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, sollen die Gesamtvertretungen der einzelnen Provinzial-Institute über ihren definitiven Anschluß an die solchergehalt zu bildende Central-Landschaft geäußert werden.

Am 31. Mai werden sich, wie die „S. f. R.“ berichtet, in Wiesbaden der engere und der weitere Anschluß des Deutschen Protestantenvereins, Abgeordnete der lokalen Protestantenvereine und sonstige besonders eingeladene Vereinsmitglieder versammeln, um die beiden jüngsten Glaubensgerichte, das Stettin-Colberger gegen Dr. Hanne und das Wiesbaden-Freirachsdorfer gegen Pfarrer Schröder in Erwägung zu ziehen. Der Vorstand zu Heidelberg sucht mit dieser Vorurung gutzumachen, daß der lokalen Bedenken nachgebend, den eigentlichen deutschen Protestantentag von Pasingen auf den Herbst verlagert hat. Da man in Darmstadt schon trug, den Protestantentag schon gegenwärtig zu empfangen, so hatte Professor Baumgarten in Kassel die Abhaltung in Wiesbaden vorgeschlagen, was nun in der obigen mobilisirten Weise zur Ausführung gelangt. Inzwischen regt es sich in Pommern. Zwischen Stettin und Greifswald, den provinziellen Vororten der Protestantenvereins-Bewegung, ist verabredet worden, daß gleich nach Pasingen ein pommerischer Protestantentag in Stettin stattfinden soll. Zur nachdrücklichen Aufnahme des Hanne'schen Falls, in welchem das Aergerniß, namentlich durch die veröffentlichten Einzelheiten des Verhörs, die hochmüthig beleidigenden und stillig ganz unerlaubten Insinuationen der Herren Consistorialräthe in der That so groß wie möglich ist.

Zur Bearbeitung einer Pharmakopöe für das deutsche Reich wird eine Commission von zwölf Mitgliedern gebildet werden, und zwar aus 3 Preußen, 2 Sachsen, 2 Mecklenburger, 2 Bayernern, 1 einem Commissarius aus Württemberg, Baden und Hessen; doch soll dieser Commission anheim gegeben werden, aus der Zahl der Sachverständigen und nach Bedarf aus anderen Kreisen die geeigneten Männer zu ihrer Unterföhrung in beratender Weise zuzuziehen. Geht es irgend an, so soll diese deutsche Pharmakopöe schon am 1. Januar 1872 eingeföhrt werden.

Vom Main schreibt man den „S. N.“: Die Zusammenkunft von Delegirten deutscher Festungsgestädte in Mainz (vertreten waren Ulm, Coblenz, Köln, Rastatt, Ingolstadt und Mainz) war keine offizielle und hatte eine Besprechung der Rayonsfrage und der Bestimmungen über Entschädigungen im Kriegsfall zum Gegenstand, wöher der Bundesrath bereits eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet hat, die demnächst dem Reichsrath zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Die in dieser Vorlage enthaltenen Forderungen zu beseitigen, war hauptsächlich Zweck der Besprechung in Mainz. Man einigte sich schließlich dahin, eine Petition in dem angegebenen Sinne an den Reichstag abgehen zu lassen und zu deren Unterzeichnung auch die übrigen Festungsgestädte einzuladen. Nächste Folge dieses Schrittes würde dann auch sein, daß der schon länger bestehende „Verein norddeutscher Festungsgestädte“ in einen „Verein deutscher Festungsgestädte“ umgewandelt würde. Stettin, 2. Mai. Der Antrag des Magistrats auf Einführung einer 2½ vom Miethwerth betragenden Miethsteuer Behufs schnellerer Abführung der durch den Krieg (namentlich durch die Ausmüthung der Truppen) entstandenen schwebenden Schuld, ist in der heutigen Stadtverordnetenversammlung mit ca. 40 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen mit 26 gegen 20 Stimmen ein Antrag auf entsprechende Erhöhung des 50% Zuschlags zur Communal-Personalsteuer.

Oesterreich.

Salzburg, 1. Mai. Der Gemeinderath der Stadt Salzburg hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, an den Stiftspropst Dr. Döllinger eine Zustimmung-Adresse für sein mannhaftes Eintreten gegen das Unfehlbarkeits-Dogma zu richten.

Lin, 1. Mai. Der „Tagespost“ wird aus Freistadt gemeldet: Bischof Rudiger hat die gegen den Religions-Professor Hanimayer verhängte Suspension a divinis wieder zurückgenommen.

Schweiz.

Bern, 3. Mai. Der eidgenössische Staatsrechnungsschluß für 1870 ist erschienen. Dem-

selben zufolge betrugen die Einnahmen 21,906,816 Frs.; die ordentlichen Ausgaben 21,350,811 Frs.; mithin ergab sich ein Ueberschuß der Einnahmen von 556,005 Frs. Die durch die Kriegereignisse des letzten Jahres verursachten außerordentlichen Ausgaben für die Militärverwaltung betrugen 9,554,635 Frs., so daß sich ein Gesamtausfall von 8,998,630 Frs. ergibt. (W. L.)

Schweden.

Stockholm, 30. April. Der zur näheren Erörterung der Vorschläge über die Landesvertheilung und die Reorganisation der Armee constituirte besondere Ausschuß bei dem Reichstage angemeldet, er hielt es für unmöglich, die darüber von den beiden Kammern gefaßten verschiedenartigen Beschlüsse so an einander zu passen, daß sie noch einmal zur Ueberlegung kommen könnten, daher die Vorschläge an diesem Reichstage als verfallen betrachtet werden mußten.

Frankreich.

In Versailles haben die Deputirten der radicalen Linken sich geeinigt, den folgenden Antrag einzubringen: In Anbetracht, daß die Städte so gut wie das flache Land das Recht haben vertreten zu sein, und daß das jetzige System dieses Recht gefährdet, da die Vertreter der Städte durch die Abstimmung der ländlichen Bevölkerung dieser Eigenschaft verlustig werden können, decretirt die National-Versammlung: Jede Stadt von 35,000 Einwohnern wählt einen Deputirten; jede größere Stadt wählt so viele Deputirte als sich nach Theilung ihrer Gesamt-Einwohnerzahl durch 35,000 ergibt. Dieser Antrag welchem Tolain, Peyrat, Langlois, Tirard, S. Brisson, E. Adam, Louis Blanc u. A. beigetreten, wird von E. Duinet demnächst eingebracht werden. — Ein für die Regierung sowohl für die Armee Frankreichs höchst unangenehmer Zwischenfall ist durch die Interpellation eines der Marine angehörigen Mitgliedes der National-Versammlung in Betreff des Ehrenwortes eines einer Anzahl aus der Kriegsgefangenschaft entlassener französischer Offiziere herbeigeföhrt worden. Die Marine scheint wenigstens, wie aus den Worten des Interpellanten hervorgeht, in dieser Beziehung keine Solidarität mit der Landarmee übernehmen zu wollen, und die mehr als verlegene Antwort des Kriegsministers Lessö beweist, daß die Regierung selber, so wie es ihr die Umstände erlauben, dieser traurigen Angelegenheit eine durch die militärische Ehre unumgänglich geforderte Lösung zu geben sich gezwungen fühlt.

Der algerische Aufstand wird immer bedenklicher, und alle Nachrichten stimmen darin überein, daß Frankreich die ernstesten Anstrengungen machen muß, um sich den Fortbestand dieser wichtigen Colonie in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung zu sichern. Der eigentliche Grund, warum die Araber sich erhoben, liegt in der ihnen nun klar gewordenen Erkenntnis, daß die Kraft und das Prestige der französischen Waffen gebrochen sind. Die Spahis und die Turcos, welche aus dem deutsch-französischen Kriege heimgekehrt sind, haben in allen Stämmen erzählt, wie es den französischen Armeen ergangen ist. Außerdem sind den Afrikanern die gewaltigen Umwandlungen, die sich in Frankreich zugetragen haben, nicht unbekannt. Seitdem sie von dem Falle des Kaiserreichs und dem Aufstande in Paris gehört, halten sie die Franzosen für verrückt. In ihrer Logik, sagen sich die Wilden: „Wenn Frankreich nichts mehr ist, wenn die Franzosen verrückt sind, wenn sogar Paris sich der Regierung nicht unterwirft und Alger gegen dieselbe Beschwerde erhebt, was sollen wir da unterwürdig anstehen und nach wie vor Steuern zahlen?“ Die Aufständischen sollen bereits an den sogenannten Fiers, kaum einige Tagesmärsche von Algier stehend, wohin sich die Colonisten dieser Ebene bereits, so gut es anging, mit ihrer beweglichen Habe geflüchtet haben.

Ungland.

An mehreren Punkten des Schwarzen Meeres sind schon Vermessungen zur Anlage von Küstenforts im Gange. Eine umfassende Wiederbefestigung von Sebastopol wird vorbereitet. Dieser Platz ist seit dem Krimkriege sehr herunter gekommen. Er zählt gegenwärtig nur noch etwa 11,000 Einwohner. Die glänzende Zukunft hat aber von der neuen Wendung der Dinge wohl Nikolajew zu erwarten. Bekanntlich ist dieser Stadt sehr günstig an dem Punkte gelegen, wo der Bug und der Ingul sich in eine tief eingeschnittene Bucht des Schwarzen Meeres ergießen. Mit ihren sechs Vorstädten zählt sie bereits 65,000 Einwohner, deren Hauptbetrieb in Handel und Schiffbau besteht. Wie verlautet, soll Nikolajew der eigentliche Kriegshafen für die Pontusflotte werden.

Italien.

Rom, 25. April. Die Unsicherheit hat ihr äußerstes Maß erreicht; unter der päpstlichen Herrschaft sind trotz der schlechten Polizei nicht so viele Verurtheilungen in den Straßen und Wohnungen, wie viele Verurtheilungen und Raubmorde vorgekommen, wie eben jetzt. Jeder Unbefangene wird in diesem Unwesen eine Wiederholung des wohlbekannten dunklen Betriebes der Reaction erkennen. Die Nationalgarde hat sich bei dem Anstör Verti zum freiwilligen Patrouilliren bei Nacht angeboten; er wies indessen das Aeerdicten zurück, da er bereits eine Verstärkung der Polizeimiliz zugesagt erhalten, mit welcher er das Uebel zu beseitigen hoffe.

Spanien.

Madrid, 20. April. König Amadeus sucht mit Rom Frieden zu machen. Er hat der Regierung gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß die Projekte, welche gegen Bischöfe wegen Verweigerung des Eidens auf die Verfassung von 1869 anhängig ge-

macht wurden, niedergeschlagen werden mögen. — Der Herzog v. Montpensier ist aus dem Exil nach Sevilla zurückgekehrt; im Conveg wird er erst nach Wochen wieder seinen Platz einnehmen.

Die Staatsunterstützungen für die landwirthschaftlichen Vereine.

In einer Broschüre „zur Wiebergeburt und Erhebung des landwirthschaftlichen Vereinswesens“ bepricht General-Secretair Martin die Ursachen, welche das „unlustige Sichhinschleppen unserer Vereinderigkeit“ veranlaßt haben. Er weist nach, daß die Vereine in den letzten 8 Jahren durchschnittlich ca. 2200 R. an Staatsunterstützungen empfangen, während sie nur 1094 R. durch Beiträge aufbrachten, daß ferner die Mitgliederzahl der Lokal- und Bauernvereine von ca. 1700 im 1863, auf ca. 1500 im 1870 herabgesunken ist und gelangt zu dem Resultat, daß jene Beihilfe erschöpfend gewirkt und wesentlich die „chronische Lebensmüdigkeit“ veranlaßt habe. Seine Vorschläge gehen nun dahin, die Staatsconventionen zwar nicht zurückzuweisen, die Beiträge jedoch durch freiwillige Selbstbesteuerung etwa auf Höhe von 5 % der Grundsteuer zu erhöhen und durch Heranziehung neuer Mitglieder und lebhafteres Zusammenwirken der Landwirthe eine fruchtbringendere Thätigkeit des Vereinswesens anzustreben.

Wir sind im Wesentlichen mit dem Herrn Verfasser einverstanden. Auch in dieser Richtung ist es Zeit, auf die Reste eines patriarchalischen Verwaltungssystems zu verzichten. Die Regierung hat größere und dringendere Aufgaben, als ihre Bürger zu gängeln und diese, speciell hier die Vereine und Landwirthe, werden besser fahren, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft zu stützen lernen. Auch legt man schwerlich innerhalb der interessirenden Kreise Westpreußens einen besondern Werth auf diese staatliche Beihilfe und wird hoffentlich nichts einzuwenden haben, wenn sie endlich in Wegfall kommt. Die Landwirthe beklagen sich, daß ihre Interessen in der Gesetzgebung bisher zu wenig Berücksichtigung gefunden haben. Nun sind aber die recht erheblichen wirthschaftlichen Reformen der letzten Jahre, im Großen und Ganzen von den Volkswirthen und dem Handelsstande des Zollvereins und Preußens, auch für sie durchgeföhrt worden. Allerdings haben auch einige Centralvorstände diese Bestrebungen zu fördern gesucht. Auf irgend welche kräftige Unterstützung ihrer Vereine haben sie sich jedoch in den seltensten Fällen stützen können. Auch sind die Opfer an Geld und Zeit nicht klein, die der Handelsstand für Freihandels- und volkswirthschaftliche Vereine, Handelskammern, Handelsstage, Konferenzen der delegirten deutschen Seeregeanten, für Denkschriften, Flugblätter u. s. w. aufgebracht hat. Und doch hat derselbe in Interesse seiner Agitationen niemals an den Staatsfödel appellirt. Wenn nun jene Berufs-kasse solche Erfolge ohne Subventionen aufzuweisen hat, so ist auch wohl die Annahme gerechtfertigt, daß diese den Landwirthen mehr geschadet als genöhrt haben. Aber auch in einer anderen Beziehung kann der wirthschaftlich besser gestellte Stand der Kaufleute den Landwirthen zum Vorbild dienen. Während der Handelsstand in seinen Bestrebungen im Wesentlichen die Verbraucher, d. h. die Gesamtheit vertreten oder doch berücksichtigt hat, betont die Grundbesitzerpartei vorzugsweise die Interessen der größeren Grundbesitzer und stellt sich dem „mobilen Kapital“ schroff gegenüber. Wollte man einwenden, daß die Kaufleute in erster Reihe auch nur für sich agitiren und daß ihre wirthschaftliche Stellung im Volkshaushalt sie nur zwingt, die Interessen der Consumenten mit zu fördern, so gilt dies in noch höherem Maße auch für die Landwirthe. Nur was der Gesamtheit frommt, kommt dem rechnenden Kaufmann und Landmann dauernd zu Gute. Der Erstere kann sich jedoch mit ungleich geringerem Verlust zurückziehen, als es der an der Scholle gebundene Grundbesitzer vermag.

Diese einseitige Auffassung scheint zunächst eine Folge der bisherigen ständischen Verfassung und der damit verbundenen Sonderstellung, welche dieser Theil der Grundbesitzer in den Kreis- und Provinzial-Landtagen, in den Landparlamenten und seinen vom Staate unterstützten Vereinen bisher einzunehmen gewohnt war. Man giebt zu, daß die dort noch behaupteten Vorrechte, wenigstens in so weit sie nicht an den Grundbesitz geknüpft und somit nothwendig sind, einen erheblichen Werth nicht haben. Demnach hält man daran fest oder nimmt doch Anstand Reformen zu befördern, die jene Vorurtheile aufheben. Es kommt hinzu, daß die Vereine sich bisher auf rein technische Angelegenheiten beschränkten. Alle Anträge auf Steuer- oder sonstige Reformen wurden als politisch und vereinsgeföhrlich zurückgewiesen und zwar vielleicht vorzugsweise aus der Mitte derjenigen Kreise, die jetzt jene eifrigsten Vorkämpfer senden. Die neue Grund- und Gebäudesteuer, die sie kurzfristig genug waren, selbst zu provociren, hat sie aufgerüttelt. Freilich ist nun viel versäumt. Man tastet zum Theil unsicher umher und befindet sich über die nächsten Ziele im Unklaren. Man fühlt das Bedürfnis wirthschaftlicher Reformen und fordert im Eifer des Nachholens eine radicale Steuerreform, die „eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern herbeiföhren und den überbürdeten Grundbesitz auf gerechtem Wege entlasten soll.“ Das ist nun freilich nicht mehr Reform, das ist Steuerrevolution, deren Endresultat nicht abzusehen wäre. Zum Glück für die Grundbesitzer ist eine solche von der Bevöhrungspartei angestrebte Umwälzung jedoch so leicht nicht zu Stande gebracht. Was es aber mit dieser gerechten Entlastung auf sich hat,

haben nur kürzlich wieder die Debatte im Abgeordnetenhaus, gelegentlich der Beratung des Gesetzesentwurfes über den Unterstützungs-Wohnsitz gezeitigt. Man vergleiche die Reden des Abgeordneten Neustadt und der Abgeordneten Eiser von Gronow, v. Benda und v. Mallinckrodt vom 10. Februar c. Während der Erörterung der Grund- und Gebäudesteuer nach dem Vorschlage der Regierung als Vertheilungsmittel für die Armenlast in wohlverstandenen Interesse aller Grundbesitzer vertheilte, waren es jene beiden hervorragenden Mitglieder des landwirthschaftlichen Congresses, welche die Interessen der einkommensschwachen Bauern, Häusler und Miethner vertreten, und in Unterstützung der ultramontanen Partei auch durchsetzten. Wenn der Grundbesitzer, wie dort gesagt wurde, genügend belastet ist, was wir bereitwillig zugeben, so ist es doch sicherlich nicht nur der große Grundbesitzer. Und doch nahm man keinen Anstand, die Communal-Armenlast von diesem auf die kleinen Grund- und Hausbesitzer und auf die Miethner abzuwälzen. Ist ein solches Vorgehen nun schon an sich nicht unbedenklich, so beweist es zugleich, daß man sich in Betreff der lokalen Grundsteuer und der nachfolgenden Interessen der Grundbesitzer in einer bedauerlichen Täuschung befindet, daß man noch ganz in den ständischen Vorurtheilen steht, und trotz allen Scheltens auf die Bureaukratie sich ihrer Bevormundung nicht zu entziehen und die Grundbedingungen einer thatsächlichen Selbstverwaltung wiederzufinden vermag. Die hier eingenommene Stellung der Grundbesitzerpartei gewinnt aber eine um so größere Bedeutung, weil sie einen Schluß erlaubt, welchen wir uns für die Kreis- und Gemeindeordnung von ihr zu versehen haben. Wenn daher der Herr Verfasser der in Rede stehenden Broschüre bei Aufzählung der Beispielsfälle unter anderem sagt: „wir brauchen eine gerechtere Vertheilung der Steuern und Lasten“, so könnte ein so unbestimmt ausgesprochenes Ziel sehr leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben. Allerdings ist der Grundbesitzer und Landwirth so berechtigt wie verpflichtet für die wirtschaftlichen Reformen mit seinem Einflusse einzutreten. Die Devise „der Gerechtigkeit für den Grundbesitzer“ erinnert jedoch, zumal nach der so eben gegebenen Probe, viel zu sehr an die weiland Junkmeister — so lange diese noch hoffen durften, durch Gewerbeordnung und andere Staatskünsteleien einige ihrer Vorrechte aus dem Schiffbruch eines untergehenden Systems zu retten, — als daß sie nicht besser vermieden wurde. Auch in Bezug auf den landwirthschaftlichen Congress möchten wir dem Herrn Verfasser nicht ganz beistimmen, wenn er sagt, daß es demselben „bis jetzt noch nicht gelungen“ wesentliche Aenderungen durch-

zuführen, weil ihm die zur Bekämpfung unserer Misstände erforderliche Nachfolge und Unterstützung nicht zu Theil geworden ist“. Einen fördernden Einfluß auf die nothwendigen Reformen konnte der Congress schon um deswill nicht üben, weil er noch viel zu sehr in monopolistischen Tendenzen befangen ist, und weil er hohe Wirtschaftspolitik treibt, statt seine Kraft auf das nachfolgende und Erreichbare zu concentriren. Allerdings hat er sich gegen die Wahl- und Schatzsteuer und die Schutzölle ausgesprochen. Statt jedoch auf diese Fragen einzugehen, oder auch nur ein solches näheres Eingehen anzuregen, beschäftigt er sich mit dem Rentenprinzip und der Steuerüberwälzung der ländlichen Grundbesitzer; fordert die Wirthschaft auf Staatskosten, ignorirt die Kreisordnung gänzlich, oder tritt wohl gar den Reformbestrebungen der Regierung und der vorgeschrittenen wirthschaftlichen Kreise wiederholt entgegen, wie in der Frage der Fabriksteuer. Die ablehnende Haltung, welche die Landwirthschaft des Reiches dem Congress und dem sogenannten Breslauer Programm, mit seiner gleichmäßigen Steuervertheilung, seinem gleichen Frachttarif und seinem bedingten Freihandel gegenüber einnehmen, möchte daher wohl um so mehr Anerkennung verdienen, weil sie nicht auf Indifferentismus beruht. Es sei hier nur an die Erklärungen des Reichs- und Thurner Localvereins, an die Communalsteuer-Reform des Straßburger Kreises u. s. w. und an die Verhandlungen der vorjährigen Generalversammlung erinnert, die sich unter anderem für die Aufbringung aus den Grundsteuern für communale Zwecke aussprach. Auch ist keine Frage, daß die Landwirthschaft des Reiches in dieser Richtung mehr geleistet hätte, wenn sie durch jene einseitigen Bestrebungen nicht theils in Schach gehalten, theils beirrt worden wäre. Bleiben wir daher, von technischen und internen Fragen zu schweigen, bei den nabeliegenden und bekannten Zielen, wie sie in der Aufhebung der Wahl- und Schatzsteuer, der communalen Selbstverwaltung im Kreise, in der Gemeinde und in der Schule, und den Schutzöllen, namentlich für Eisen, gegeben sind. Hier ist vorerst noch reichlicher Stoff zur Agitation nach Außen. Wenn diese Fragen der oberflächlichen Betrachtung trivial erscheinen, so würde eine eingehendere Beschäftigung sehr bald zeigen, daß in diesen Reformen die Grundlagen eines gesunden Culturstaats mit zu finden sind, den ja das deutsche Volk aufzubauen sich so eben anschickt. Auch wird es schon nicht leicht sein, auch nur in diesen für die Vereine nachfolgenden Fragen die ersprießlichen Beweise nach allen Richtungen hin zu führen, und die interessirenden und maßgebenden Kreise dafür zu gewinnen. Im Uebrigen überall einverstanden, wünschen wir den anerkanntesten Bestrebungen des Herrn Ver-

fassers recht bald praktische Resultate und sind überzeugt, daß auf diesem und den sonst vorgeschlagenen Wegen eine lebhaftere Betheiligung der Landwirthschaft und eine größere Betheiligung als bisher in Zukunft nicht fehlen wird.

Die „Schles. Zeitung“ vom 9. April schreibt: **Deutsche Industrie** erwirbt sich auf allen Gebieten durch Schönheit des Geschmacks in Zeichnung und Arbeit immer mehr Anerkennung und fähig wird das Abhängigkeitsverhältniß zu Paris stets geringer, da wir endlich einsehen gelernt, daß deutsche Arbeit oft besser als französische ausfällt und nicht mehr nöthig haben, unter Pariser Firmen unsere Fabrikate auszubieten.

Dies gilt vor allem der Billardfabrikation. Wenn nun hiesige Fabrikanten, wie in erster Reihe Herr Billardbauer A. Nippa, Breslau, Oderstraße 14, durch vielfache Praxis und raffolose Strebsamkeit, sich bemüht haben, die französischen Billards in ihren Vorzügen zu erreichen und sogar zu übertreffen, ist dies nicht hoch genug anzuerkennen und verdient Hr. A. Nippa um so mehr eine öffentliche Anerkennung, als die sogenannten französischen Stahlfeder-Mantelstühle durch die von ihm selbst erfundenen „Deutschen Stahlfederbanden“ bei Weitem übertroffen worden sind.

Die aus der Fabrik des Herrn A. Nippa hervorgehenden Billards vereinen in sich die Eleganz und Schönheit französischer mit der Gediegenheit deutscher Arbeit, bei außerdem auffallender Solidität in Bedienung. Am sprechendsten bestätigt dies der Umstand, daß gerade in betrenntesten Lokalen Breslaus, z. B. bei Hrn. W. Labuste, Ohlauerstr., und Hrn. C. Aitel, (Hotel de Rome), u. A. m. Billards aus der Fabrik des Hrn. A. Nippa sich befinden, deren obengenannte Vorzüge von den Herren Besitzern, wie den anerkanntesten Spielern zugestanden sind. (3439)

Die delikate Heilmahrung Revalensciere du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medizin widerstehen, nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Nieren-, Tuberkulose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 72,000 Cures, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Plüschow, der Marquise de Brehan. — Nahrungsfaser als Fleisch.

erspart die Revalensciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis im Mediciniren.

Castle Ross. Alexandria, Egypten, 10. März 1869. Die delikate Revalensciere Du Barry's hat mich von einer chronischen Reibungsverstopfung der hartnäckigsten Art, worunter ich neun Jahre lang auf Schreckliche gelitten und die aller ärztlichen Behandlung widerstand, völlig geheilt, und ich sende Ihnen hiermit meinen tiefgefühlten Dank als Entlohnung dieser köstlichen Gabe der Natur. Mögen diegenigen, die das Leben, sich freuen: was alle Medizin nicht vermag, leistet Du Barry's Revalensciere, deren Gewicht, wenn in Gold gezahlt, nicht zu theuer sein würde.

Mit aller Hochachtung C. Spadaro. In Apotheken mit Gebrauch: Anwendung von 1 Pfd. 12 Gr., 1 Pfd. 12 Gr., 2 Pfd. 12 Gr., 2 Pfd. 12 Gr., 5 Pfd. 4 Gr., 20 Gr., 12 Pfd. 9 Gr., 12 Pfd. 18 Gr., 18 Pfd. 12 Gr., 24 Pfd. 12 Gr., 48 Pfd. 12 Gr., 48 Pfd. 12 Gr., 1 Pfd. 5 Gr., 48 Pfd. 12 Gr., 24 Pfd. 12 Gr., 20 Gr., 288 Pfd. 9 Gr., 15 Gr., 576 Pfd. 18 Gr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178, Friedrichstr.; Depots: in Königsberg i. Pr. bei A. Kraak, Bazar zur Rose; in Posen bei F. Fromm; in Graubenz bei F. Engel, Apotheker; in Bromberg bei C. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delicatessen- und Specereihändlern. (715) Depot in Danzig bei Alb. Neumann.

SCHWARZ, FÜR TRAUER. INGLIS & FINCKLER, 167 Regent Street LONDON. MUSTER FREI. FABRIK 7 & 8 DUNSTON ST. DUBLIN.

Meteorologische Depesche vom 4. Mai.

Barom.	Temp.	Wind.	Stärke.	Himmelsanstr.
Memel ...	336.9	3.4 NO	stark	bedeckt.
Königsberg ...	336.8	3.6 NW	stark	bedeckt.
Danzig ...	337.7	3.2 N	stark	bedeckt.
Görlitz ...	337.2	4.0 NO	stark	bedeckt.
Stettin ...	337.7	2.4 O	stark	bedeckt.
Buttus ...	334.4	6.0 SO	stark	bedeckt.
Berlin ...	335.8	5.7 SO	stark	bedeckt.
Röln ...	334.4	1.7 NO	stark	bedeckt.
Kölnsburg ...	334.7	5.8 SO	stark	bedeckt.
Brüssel ...	335.7	7.2 SW	stark	bedeckt.
Wien ...	336.8	4.0 D	stark	bedeckt.
Wien ...	335.0	6.9 WSW	stark	bedeckt.

Bekanntmachung. Zufolge Verfügung vom 1. ist am 1. Mai d. J. in unser Procuren-Register unter No. 265 eingetragen, daß der Kaufmann Eduard Albert Kleeßfeld zu Danzig als Inhaber der Abtheilung unter der Firma

A. T. Angerer bestehenden Handelsniederlassung (Firmenregister No. 838) den Eduard Adolph Kleeßfeld ermächtigt hat, die vorgenannte Firma per procura zu vertreten.

Danzig, den 1. Mai 1871. **Königl. Commerz- u. Admiraltäts-Collegium.** (4408) v. Grobbed.

Bekanntmachung. Zufolge Verfügung vom 28. ist am 29. April d. J. in unser Procurenregister unter No. 264 die dem Albert Ludwig Traugott Nach (A. Nach) für die unter der Firma **Streckel & Wagenrecht** bestehende Handelsniederlassung (Gesellschaftsregister No. 86) erteilte Procura eingetragen worden.

Danzig, den 29. April 1871. **Königl. Commerz- u. Admiraltäts-Collegium.** v. Grobbed. (4405)

Bekanntmachung. Zufolge Verfügung vom 27. April ist am 1. Mai d. J. in unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter No. 152 eingetragen worden, daß der Kaufmann Gustav Adolph Springer zu Danzig, nachdem seine Ehefrau Clara Selma geb. Krammberg großjährig geworden, durch gerichtlichen Vertrag vom 15. April 1869 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Danzig, den 1. Mai 1871. **Königl. Commerz- u. Admiraltäts-Collegium.** v. Grobbed. (4405)

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Benjamin Lubin zu Culm werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtskräftig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 10. Juni cr. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Befriedigung des definitiven Verwaltungsverwaltungspersonals auf

den 6. Juli cr., Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar, Hrn. Kreisrichter Thun im Verhandlungszimmer No. 1 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Abford. verfahren werden. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten angeben. Wer dies unterläßt, kann einen Bescheid aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden der Rechtsanwalt Breuschhoff und die Justizräthe Knorr und Heibeln zu Culm zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Culm, den 2. Mai 1871. **Königl. Kreis-Gericht.** 1. Abtheilung. (4369)

Concurs-Eröffnung.

Königl. Kreis-Gericht zu Thorn, 1. Abtheilung.

den 1. Mai 1871, Mittags 12 Uhr. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Julius Claas zu Thorn ist der kaufmännische Concurs im abgetheilten Verfahren eröffnet und der Tag der Abhaltungseinstellung auf den 18. April d. J. festgesetzt. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der hiesige Justizrathe Pante zu Thorn bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 15. Mai 1871, Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 6 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreisrichter Plehn anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Befriedigung eines definitiven Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein definitiver Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien. Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgefordert, nichts an denselben zu verabsorgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 31. Mai 1871 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebenfalls zur Concursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken und Anzeige zu machen.

Bekanntmachung. Die in Graubenz bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns Conrad Holder-Egger ebenfalls unter der Firma **Conrad Holder-Egger** ist in das diesseitige Firmen-Register unter No. 232 heute eingetragen.

Graubenz, den 29. April 1871. **Königl. Kreis-Gericht.** 1. Abtheilung. (4375)

Nothwendige Subhastation. Das dem Mühlenmeister Eduard Ludwig Winkler gehörige, in Regierbez. belegene, im Hypothekenbuche unter No. 7 verzeichnete Grundstück, soll

am 1. Juni cr., Vormittags 11 Uhr, im Verhandlungszimmer No. 17 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 8. Juni cr., Vormittags 11 Uhr, ebenfalls veröffentlicht werden.

Es beträgt 7,7/100 Morgen das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks und der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 86,7/100 fl. ; Endlich der jährliche Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 445 fl. . Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden. Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden. Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Danzig, den 28. März 1871. **Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.** Der Subhastationsrichter. (2801)

Nothwendige Subhastation.

Das den Theodor und Mathilde Wilhelm geb. Zimmermann-Krüger'schen Eheleuten gehörige, vor dem Verder Thore am sogenannten Verderischen Wege belegene, im Hypothekenbuche unter No. 27 verzeichnete Grundstück, soll

am 10. Juni cr., Vormittags 10 Uhr,

im Verhandlungszimmer No. 14 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 15. Juni cr., Vormittags 10 Uhr, ebenfalls veröffentlicht werden.

Es beträgt 5,7/10 Morgen das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks und der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 8 fl. ; Endlich der jährliche Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 200 fl.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Danzig, den 29. März 1871. **Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.** (2853) Der Subhastationsrichter.

Nothwendige Subhastation.

Das den Schmitzmeister Friedrich Wilhelm und Marie geb. Schlagenstein'schen Eheleuten gehörige, in Groß-Waldorf belegene, im Hypothekenbuche unter No. 30 verzeichnete Grundstück, soll

am 3. Juni cr., Vormittags 10 Uhr,

im Verhandlungszimmer No. 14 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 8. Juni cr., Vormittags 10 Uhr, ebenfalls veröffentlicht werden.

Es beträgt 32,7/100 Morgen das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks und der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 86,7/100 fl. ; Endlich der jährliche Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 25 fl.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden. Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Danzig, den 29. März 1871. **Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.** Der Subhastationsrichter. (2972)

Nothwendige Subhastation.

Das dem Rittergutsbesitzer Arthur Julius Schlemmer gehörige adeliche Gut Klein-Wattlowitz No. 71 und Vormerk Neuguth No. 1, soll

am 4. Juli cr., Vormittags 11 Uhr,

an Ort und Stelle in Klein-Wattlowitz, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und

Nothwendige Subhastation.

das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 10. Juli cr., Vormittags 11 Uhr,

in Stuhm an der Gerichtsstelle veröffentlicht werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 1162,9/100 Morgen; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 2235,1/100 fl. ; Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 426 fl.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserm Bureau III. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Stuhm, den 14. Januar 1871. **Kgl. Kreis-Gerichts-Deputation.** Der Subhastationsrichter. (9750)

Nothwendige Subhastation.

Das den Gastwirth u. Hofbesitzer Franz und Christine geb. Mudlaff-Rosentke'schen Eheleuten gehörige, in Loebeig belegene, im Hypothekenbuche sub No. 8 verzeichnete Grundstück, soll

am 15. Mai cr., Vormittags 10 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 16. Mai cr., Vormittags 10 Uhr, ebenfalls veröffentlicht werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 235,01 Morgen; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 148,4 fl. ; Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 36 fl.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserm Geschäftslokale eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Ruhig, den 2. April 1871. **Kgl. Kreis-Gerichts-Commission.** Der Subhastationsrichter. (2986)

Nothwendige Subhastation.

Das den Gastwirth und Hofbesitzer Franz und Christine geb. Mudlaff-Rosentke'schen Eheleuten gemeinschaftlich gehörige, in Loebeig belegene, im Hypothekenbuche sub No. 11 verzeichnete Bauer-Grundstück, soll

am 15. Mai cr., Mittags 12 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 17. Mai cr., Vormittags 11 Uhr, ebenfalls veröffentlicht werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks: 160,4 Morgen; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 123,52 fl. ; Gebäudesteuer wird von diesem Grundstück nicht entrichtet.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserm Geschäftslokale eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Ruhig, den 25. März 1871. **Kgl. Kreis-Gerichts-Commission.** Der Subhastationsrichter. (2702)

Nothwendige Subhastation.

Das dem Hofmeister Johann Kleinowski gehörige, in Pöplin belegene, im Hypothekenbuche unter No. 30 verzeichnete Grundstück, soll

am 10. Juni 1871, Vormittags 10 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 1 des hiesigen Gerichtsgebäudes im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 15. Juni 1871, Mittags 12 Uhr, in demselben Zimmer veröffentlicht werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 0,50 Morgen; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, ist nicht vorhanden und der Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 35 fl.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserm Geschäftslokale Bureau III. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Pr. Stargardt, den 18. März 1871. **Königl. Kreis-Gericht.** Der Subhastationsrichter. (2800)

Nothwendige Subhastation.

Das dem Badermeister Friedrich Bassage gehörige, in Preuß. Stargardt belegene, im Hypothekenbuche unter No. 260 verzeichnete Grundstück, soll

am 1. Juli 1871, Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 1 des hiesigen Gerichtsgebäudes im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 8. Juli 1871, Vormittags 11 Uhr, in demselben Zimmer veröffentlicht werden.

Es beträgt der Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 68 fl. 13 gr.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserm Geschäftslokale, Bureau III. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Pr. Stargardt, den 5. April 1871. **Königl. Kreis-Gericht.** Der Subhastationsrichter. (3317)

